Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Nähmaschinen empfiehlt **H. Grossmann,** Nähmaschinen-Fabrik.
Verkauf in Dresden: Chemnitzerstr. 26, Waisenhausstr. 5, Reisigerstr. 41 (Eing. Striesenerstr.), in Löbtau: Schulstr. 13 und bei Herrn Max Naumann Dresden-N., an der Dreikönigskirche 8.

Fritz Gilbers, Zigarrenhandlung
39 Königsbrücker Strasse 39.
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Eine Erlösung für Hunderte
die an Katarrh, Asthma und allen Erkrankungen der Atmungsorgane leiden, bildet der Medizinische Inhalator „Asthmatik", D. R. P. a. Keine Anleitung. Sofort gebrauchsfähig. Ärztlich bestens empf. Zu beziehen durch Apotheken, Drogerien, Bandagen u. einschlägige Geschäfte, sonst direkt ab Fabrik geg. Einsendung des Betrages od. Nachn. Inkl. Füllung M. 10. Broschüre kostenlos. **Moritz Zwar,** Verbandstoff-Fabr., Dresden.

Hochzeits- und Fest-Geschenke
aparte Neuheiten alle Preislagen. — Anfertigungen.
Schloss-Str. Friedrich Pachtmann Hoflieferant Sr. Maj. des Königs. Schloss-Str.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Reise-Artikel. **Adolf Näter** Grösstes und vornehmstes Lederwaren-Spezial-Geschäft 20 Prager Strasse 20.

Nr. 44. Spiegel: Neue Handelsära. Bildung der Offiziere, Landtagsverhandlungen. Marokko-Konferenz, Wiener Abgeordnetenhaus, Steuer- und Wirtschaftsreformer „Der fliegende Holländer". | Mutmaßl. Witterung: Mild, bedeckt. | Donnerstag, 15. Februar 1906.

Die neue Handels-Aera.

In wenigen Tagen tritt der neue deutsche Zolltarif vom 25. Dezember 1902 in Kraft und mit ihm erlangen am 1. März dieses Jahres die im Laufe der letzten beiden Jahre abgeschlossenen Zusatzverträge zu den bestehenden Handelsverträgen Geltung. Die Eröffnung der neuen Handelsaera bedeutet, um es in wenigen Worten zusammenzufassen, Abkehr von dem in den Caprivischen Handelsverträgen niedergelegten Wirtschaftssystem und, soweit dies im Rahmen der neuen handelspolitischen Abmachungen möglich ist, einen erhöhten Schutz der deutschen Landwirtschaft. Wenn industrielle, insbesondere freihändlerisch-industrielle Verbände und deren Organe gegen die zollpolitische Behandlung deutscher Industrieerzeugnisse beschwerdeführend aufgetreten sind und mit trüben Prophezeiungen nicht zurückgehalten haben, so sind solche Befürchtungen nicht ohne weiteres ganz von der Hand zu weisen, anderseits aber darf mit Sicherheit angenommen werden, daß nunmehr auch für die Landwirtschaft wieder bessere Zeiten kommen und die allgemeine Wirtschaftslage in der Weise regeln, daß das, was etwa der deutschen Industrie auf dem Gebiete des Außenhandels verloren geht, infolge der gesteigerten Kaufkraft der heimischen Märkte wieder eingebracht wird.

Das Deutsche Reich hat mit sieben Vertragsstaaten neue Abkommen getroffen, die in den sogenannten Zusatzverträgen niedergelegt sind. Mit Rußland, Italien, Belgien, der Schweiz, Rumänien und Bulgarien ist die Ratifikation der Verträge bereits erfolgt. Dagegen sind noch nicht ratifiziert die Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Serbien. Von ihnen ist der erstere natürlich von allergrößter Wichtigkeit für das deutsche Wirtschaftsleben, denn die beiden benachbarten deutschen Großmächte stehen in sehr lebhaftem und sehr wertvollem Handelsverkehr zueinander. Infolge der andauernden inneren Zwistigkeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie ist es zu einer Annahmerklärung des neuen Tarifvertrages, die der Ratifikation vorhergehen muß, noch nicht gekommen. Indessen besteht kein Zweifel, daß auch Ungarn seine Zustimmung zu dem Vertrag aussprechen und damit den Weg für die Ratifizierung freimachen wird. Da auch die Skupschtina dem deutsch-serbischen Tarifvertrage die Genehmigung erteilt hat, so ist damit zu rechnen, daß auch diese beiden Verträge noch vor dem 1. März zu den bereits seit längerer Zeit fertigen Verträgen hinzutreten und damit den Kreis derjenigen Länder, denen gegenüber die Handelspolitik des Deutschen Reiches unter veränderten Bedingungen auf zwölf Jahre gebunden sein wird, wesentlich erweitern werden. In den Handelsbeziehungen zu denjenigen Staaten, mit denen Deutschland im Meistbegünstigungsverhältnisse steht, bleibt in der Hauptsache alles beim alten. Das bestehende Handelsprovisorium mit England, das am 31. Dezember 1905 abgelaufen wäre, ist auf weitere zwei Jahre verlängert. Für den Verkehr mit Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und der Türkei behalten die Vertragssätze Geltung. Wird schon durch dieses Bestehenbleiben bisheriger Beziehungen die Möglichkeit einer empfindlichen Benachteiligung der deutschen Industrie in weitere Ferne gerückt, so ist vor allem von größter Wichtigkeit, daß der deutsch-englische Verkehr, der für die deutsche Exportindustrie außerordentlich wertvoll ist, auf der gewohnten Grundlage sich weiter vollziehen wird, und die gesicherte Stellung, in der sich die neue liberale Regierung nach dem Abschluß der Wahl findet, läßt die Hoffnung gerechtfertigt erscheinen, daß eine Wiederbelebung der protektionistischen Stimmung nicht so bald eintreten wird. Endlich schweben Tarifverhandlungen mit Schweden, Spanien und Portugal. Die Verhandlungen mit Schweden sind dem Abschluß nahe, mit Spanien, dessen Handelsabkommen mit Deutschland bereits gekündigt ist, aber erst im Sommer des laufenden Jahres zu Ende geht, sind sie noch am weitesten zurück.

Ungleich unsicherer und ungünstiger ist das Verhältnis zu den außereuropäischen Staaten. Für eine Reihe wichtiger Staaten, die für Deutschland zugleich als Produktionsländer und Absatzmärkte von Interesse sind, bleibt es bei dem bisherigen Meistbegünstigungsverhältnis; das gilt von Japan, Chile, Argentinien, sowie von allen britischen Kolonien außer Canada, dessen Regierung sich durch die Gewährung und tatsächliche Einführung von Vorzugszöllen auf Erzeugnisse britischer Herkunft diese günstige Behandlung seitens des Deutschen Reiches verscherzt hat. Auch in diesem Falle kann unter Umständen der Sieg der freihändlerischen Richtung in England dazu beitragen, daß die zwischen Deutschland und Canada schwebenden Differenzen beseitigt oder wenigstens gemildert werden. Während von den übrigen wichtigeren Ländern China und Abessinien auf dem Wege sind, mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschließen, beobachten die Vereinigten Staaten von Nordamerika noch immer eine durchaus ablehnende Haltung, und mit Rücksicht auf das nahe bevorstehende Inkrafttreten der neuen Verträge macht sich schon seit längerer Zeit die Befürchtung geltend, daß es zu einem Zollkriege mit der Union kommen werde. Das wäre sicherlich für beide Teile die unglücklichste Lösung, die sich denken ließe, denn wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch ungeheuer im Nachteil sind, daß sie Deutschland gegenüber eine starke aktive Handelsbilanz haben, während sich das passive Verhältnis immer mehr zu ungunsten der deutschen Ausfuhr verschiebt, so läßt sich doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Deutschland, so sehr das beklagt und eine Aenderung hierin mit aller Kraft angestrebt werden muß, hinsichtlich der Deckung seines Bedarfs an Nahrungsmitteln und noch mehr an industriellen Rohstoffen, insbesondere an Rohbaumwolle, noch immer in der Hauptsache auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist. Es erscheint deshalb mindestens zweifelhaft, wer in einem deutsch-amerikanischen Zollkriege, in dem sicherlich die amerikanische Regierung vor keinem Schutz- und Trutzmittel zurückschrecken würde, die meisten Vorteile für sich hätte. Mit Recht ist von deutscher Seite der Vorschlag der Einrichtung eines einjährigen Provisoriums mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden. Seitdem sind weitere Aeußerungen der amerikanischen Regierung noch nicht erfolgt; das bestehende Handelsabkommen läuft am 1. März dieses Jahres ab. Daß es gelingen sollte, bis dahin doch noch zu einer Verständigung zu gelangen, darf kaum noch gehofft werden. Uebrigens wird derjenige, der den Verlauf der jüngsten Verhandlungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung in der handelspolitischen Angelegenheit aufmerksam verfolgt hat, den Glauben aufgeben müssen, daß die Vereinigten Staaten sich in absehbarer Zeit zu dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Deutschland bereit finden lassen werden. Um so mehr ist zu wünschen, daß Argentinien gegenüber, das jetzt bereits für die amerikanische Produktion Ersatz zu bieten vermag und bei fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung dazu noch mehr in der Lage sein wird, eine Neuregelung der Handelsbeziehungen erreicht werden kann, in der in höherem Grade als durch den bisherigen Meistbegünstigungsvertrag, der übrigens noch mindestens ein Jahr in Kraft bleibt, die deutschen Interessen wahrgenommen und der deutschen Regierung gewisse Handhaben gegenüber der amerikanischen Tarifpolitik geboten werden.

Schon diese naturgemäß nur skizzenhafte Darstellung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse kennzeichnet die eminente wirtschaftliche Bedeutung der neuen Handelsära, die am 1. März beginnt. Zugleich aber wird auch das buntscheckige Bild der dann noch vorhandenen Handelsbeziehungen deutlich erkennbar. Auch das große Publikum, soweit die Geschäftswelt in Betracht kommt, wird deshalb gut tun, sich mit den neuen Verhältnissen vertraut zu machen. Das erscheint um so mehr notwendig und vorteilhaft, als das neue Zolltarifgesetz ungleich eingehender spezialisiert ist als sein Vorgänger und demgemäß eine erheblich größere Zahl von Einzelpositionen aufweist. In dem Amtlichen Warenverzeichnis, dessen Herstellung nahezu drei Jahre erfordert hat, sind authentische Erklärungen zu den einzelnen Positionen des Zolltarifs gegeben; ihnen werden die Zollbeamten die Unterlage für die zolltechnische Behandlung der Waren zu entnehmen haben, auf sie werden auch die amtlichen Zollauskünfte, die auf Verlangen der Geschäftswelt erteilt werden, zurückgreifen und bezug nehmen müssen. Selbstverständlich treten diese Zollauskünfte, die auf Grund des alten Zolltarifs besonders betreffs der Klassifizierung einzuführender ausländischer Waren, übrigens in sehr großer Zahl, erteilt worden sind, gleichfalls am 1. März außer Kraft. In derselben Verordnung des Bundesrates, die bestimmt, daß mit dem 1. März 1906 alle auf Grund des geltenden Zolltarifs erteilten amtlichen Auskünfte außer Wirksamkeit treten, werden die Zolldirektionsbehörden ermächtigt, schon vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs verbindliche Auskünfte über die Anwendung dieses Tarifes zu erteilen, mit der Maßgabe, daß die gegebene Entscheidung für die unterstellten Zollbehörden vom 1. März 1906 ab bindend ist. Von dieser Bestimmung werden die einzelstaatlichen Finanzminister die Provinzial-Steuerdirektionen in Kenntnis zu setzen haben; zum Teil ist dies bereits geschehen. Neben der wichtigsten Handhabe bei der Ausführung des neuen Zolltarifs, die das Amtliche Warenverzeichnis mit seinen Ausführungsanweisungen darstellt, gewährt das Statistische Warenverzeichnis, dem ein alphabetisches Register beigegeben ist, der Geschäfts- und Handelswelt einen Anhalt, den Anforderungen, die hinsichtlich einer eingehenden und zuverlässigen Statistik gestellt werden müssen, genau zu entsprechen. Da das Statistische Warenverzeichnis im Handel erschienen ist, wird ein Geschäftsmann, der sich vor Strafe schützen will, den Einwand der Unkenntnis der einschlägigen Bestimmungen nicht mehr erheben können. Endlich steht noch die Anleitung für die Zollabfertigung zur Verfügung, um den Zollbehörden sowohl wie der Geschäftswelt den Uebergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern. Auf beiden Seiten wird es nicht nur genauer positiver Kenntnisse der neuen gesetzlichen Bestimmungen und der Ausführungsvorschriften, sondern auch eines gewissen Entgegenkommens bedürfen, das namentlich den Behörden zur Pflicht gemacht werden sollte, um besonders in den ersten Monaten der Geltung der neuen Handelsverträge in den noch neuen und unbekannten Verhältnissen unliebsame Auseinandersetzungen zu vermeiden und durch glatte Ueberwindung der Schwierigkeiten, die ja nicht ausbleiben können, nach Möglichkeit den Interessen des einzelnen wie der Allgemeinheit zu dienen.

Neueste Drahtmeldungen vom 14. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des von den Sozialdemokraten beantragten Gesetzentwurfs betreffend die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Volksvertretungen in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen unter Herabsetzung der Altersgrenze auf 20 Jahre und Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Abg. Bebel (Soz.) gibt zu, daß der Antrag agitatorische Zwecke verfolge. Alle Parteien verfolgten mit den von ihnen hier eingebrachten Initiativanträgen solche Zwecke. Jede Partei suche für die Interessen, die sie wahrnehme, Propaganda zu machen. Redner wendet sich sodann gegen die Kompetenzbedenken. Die Konservativen hätten wiederholt in den letzten Jahren im Landtage auf die Reichsgesetzgebung einzuwirken gesucht. Fürst Bismarck selbst habe nach seinem Rücktritte von den Landtagen aus einen Druck auf die Reichsgesetzgebung anempfohlen. In Hamburg habe man nur aus purer Angst der Pfeffersäcke das Wahlrecht noch weiter zum Nachteil der Unbemittelten verschlechtert. Das sei der Dank der Hamburger Bourgeoisie für die Unterstützung, welche vor Jahren die sozialdemokratische Arbeiterschaft behufs Unterdrückung der Cholera geleistet habe. Herr Klügmann habe am vorigen Mittwoch die Sozialdemokraten beschuldigt, „prinzipiell den Handelsbetrieb zu bekämpfen". Wisse denn Herr Klügmann nicht, daß es gerade die Sozialdemokraten gewesen sind, die jederzeit für Freihandel eingetreten sind und gerade dadurch den Handel der Hansastaaten jederzeit gefördert haben?! Weiter wendet sich Redner gegen den Abg. Bassermann, dessen Partei es bekanntlich gewesen sei, die 1895 in Sachsen die Wahlrechtsverschlechterung habe durchsetzen helfen, um die Sozialdemokraten aus dem sächsischen Landtage zu entfernen. Ebenso in Lübeck, Hamburg. Das bißchen Sozialreform im Reiche hätten wir nicht, wenn die Sozialdemokraten nicht hier säßen. „Ohne die Angst vor der Sozialdemokratie hätten wir nicht das bißchen Sozialreform", soll sogar Fürst Bismarck gesagt haben. (Abg. Nordorff: Ist nicht wahr!) In Baden hätten die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten sehr gut zusammengehen können. Sonst aber tue man, als wären die Sozialdemokraten der leibhaftige Gottseibeiuns! (Heiterkeit.) Auch die russische Revolution habe man den Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. Als ob die Sozialdemokraten daran denken könnten, heutzutage in Rußland ein sozialdemokratisches Staatswesen zu errichten! Als Mensch müsse man das, was jetzt seitens der empörten Unterdrückten gegen das dortige fluchwürdige Regiment geschieht, unterstützen. Die Sprache der „Leipziger Volkszeitung", die man den Sozialdemokraten immer vorhalte, sei ein Säuseln gegenüber dem Sturm im Vergleich zu der Sprache der früheren bürgerlichen Revolutionäre. Was sang Rudolf v. Gottschall, der jetzige Hofrat?! Vom „Pöbel auf den Thronen". Redner zitiert weiter Stellen aus Jordanschen politischen Gedichten, aus Dingelstedt, Hoffmann von Fallersleben usw. Redner erinnert ferner an die Briefe Miquels an Marx. Es sei freilich das Bürgertum im Sumpfe. Graf Posadowsky habe erklärt, ehe man in Preußen ein Wahlrecht gebe, das die Arbeiter in den Landtag hereinlasse, müßten sie erst auf den Boden der bestehenden Staatsordnung und der Monarchie treten und Männer wählen, die auf demselben Boden stehen. Das heiße also: Ehe man den Arbeitern bürgerliche Rechte gibt, müssen sie erst ihre Gesinnung ändern. Man werde aber doch nicht behaupten wollen, daß die jetzige Staats- und Gesellschaftsordnung etwas Ewiges sei. Der preußische Staat habe am 21. Januar gezittert wie Espenlaub vor ein paar hundert Sozialdemokraten. Der preußische Staat habe sich an jenem Tage bis auf die Knochen blamiert. (Vizepräsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Preußen habe am 21. Januar das Hohngelächter der ganzen Welt erregt. Das einzige Vernünftige an jenem Tage sei die Berliner Polizei gewesen. (Große Heiterkeit.) Ich spreche ihr dafür von dieser Stelle meine allerwärmste Anerkennung aus. (Stürmische Heiterkeit.) — Hanseatischer Bevollmächtigter Dr. Klügmann konstatiert, daß Senat und Bürgerschaft von Hamburg in der Cholerazeit ihre volle Schuldigkeit getan haben. — Abg. Büsing (nat.-lib.): Unser Standpunkt wird nicht durch die Furcht vor der Revolution diktiert. Wir haben ihn schon vor 25 Jahren vertreten, wir wollen an der Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht gerüttelt wissen. Die Wahlrechtsverhältnisse in Sachsen werden von einem Teile meiner Freunde verurteilt. Das Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in Baden mißbillige ich persönlich durchaus. Was unsere Väter und Großväter durch die Revolution erreichen wollten, haben wir durch den Krieg 1870/71 ohne Revolution erreicht. Wie sollten wir also dazu kommen, nun das Erreichte, das einige Deutschland, das herrliche Deutsche Reich durch eine Revolution wieder zu gefährden, das wäre doch unglaublich dumm. (Sehr richtig!) Sie meinen, wir hätten keine politischen Ideale? Was haben Sie denn für politische Ideale, meine Herren? Ich werde nie den Tag vergessen, an dem uns die Kunde kam von dem Widerstehen des Deutschen Reiches. (Lebhafter Beifall.) Der Glockenton, wie er damals erscholl, der Glockenton von Kaiser und Reich wird immer und immer wieder zünden in unseren Herzen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Versuchen Sie es nur, anzustürmen gegen unsere Ideale. Ihre Versuche werden zerschellen an den granitnen Idealen des deutschen Bürgertums. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Zur Sache erklärt Redner dann, ein Minimum von Volksrecht in den Einzelstaaten müsse allerdings durch die Reichsverfassung festgelegt werden. Diese Notwendigkeit bestehe namentlich, insoweit es sich um Mecklenburg handle. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) führt unter Verurteilung der Wahlrechtsverhältnisse in Preußen und Mecklenburg aus, seine Freunde stimmten dem ersten Teile des Antrags zu, lehnten aber den zweiten Teil mit seinen Detailbestimmungen (Frauenstimmrecht und Wahlrechtsalter von 20 Jahren) als einen zu tiefgehenden, den erstrebten Zweck

Pfunds sterilisierte (homogene) **Kindermilch** trockenfütterung
Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzner Str. 79/81